



Forderungen des Aktionsbündnis: Suchtberatung retten!

Die Träger der ambulanten Suchtberatungsstellen verzeichnen seit Jahren ein stetig wachsendes, finanzielles Defizit. Hauptursache sind die seit 20 Jahren nicht erhöhten Landeszuschüsse. Angesichts der aktuellen Tarifsteigerungen und der allgemeinen Kostensteigerungen droht jetzt der Kollaps der Suchtberatungsstellen – und damit Einschränkungen der Hilfsangebote.

Das Aktionsbündnis fordert im Frühjahr 2024 daher dringlich:

- 1. Die Erhöhung des Landeszuschusses für die Fachkraftstellen entsprechend dem Antrag der Landesstelle für Suchtfragen für den Doppelhaushalt 2025/26
- 2. Die künftige Dynamisierung des Landeszuschusses ab 2025, zumindest entsprechend den jeweiligen Tarifsteigerungen, um so die Grundversorgung der Suchthilfe verlässlich zu sichern.





Werden Sie auch Unterstützer*in!

Jede(r) einzelne Unterstützende zählt, wenn es darum geht den Forderungen nach einer finanziell gesicherten Grundversorgung durch Suchtberatung in Baden-Württemberg politisches Gewicht zu geben.